

Der Courier
ist die führende Zeitung für die
deutsche Sprachgruppe in
Kanada.
Verkaufspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
Der Abonnent bezahlt:
Kanada \$2.00

Der Courier

Organ der deutschsprachigen Canadianer.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada \$2.50
for foreign countries \$3.50
If paid in advance:
Canada \$2.00
1855 Halifax Street, Regina.

25. Jahrgang.

14 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 5. März 1950.

14 Seiten

Nummer 18

Neue Farmerpartei in Saskatchewan gegründet

Progressive wollen sich der neuen Bewegung anschließen und mit ihr bei der nächsten Dominionwahl als einheitliche politische Gruppe auftreten

Ergebnis der Konvention der Vereinigten Farmer in Saskatoon

„Politische Vereinigung der Saskatchewan-Farmer“ soll der Name der neuen Partei sein.

Saskatoon. — Die Konvention der Vereinigten Farmer von Canada hat beschlossen, unabhängig von der bereits bestehenden Vereinigung eine eigene politische Gruppe ins Leben zu rufen, welche sich „Saskatchewan Farmers' Political Association" — Politische Vereinigung der Saskatchewan-Farmer nennen soll.

Der weitere Schritt, der dem Verzicht der Vereinigten Farmer folgte, war der Anruf der Progressive, die auf Grund dieser Erklärung mit weitgehenden Erwartungen und großen Hoffnungen ihrer politischen Zukunft im nächsten Wahlkampf entgegenzusehen. Die Hoffnungen stützen sich hauptsächlich auf die progressiven Erfolge im Jahre 1947, wodurch es gelang, Saskatchewan eine fast ausschließlich progressive Vertretung im Unterhaus zu verschaffen. Bekanntlich waren diese progressiven Wählerträge aber nur von kurzer Dauer, da die progressive Bewegung mehr und mehr zerfiel und schließlich in sich selbst zusammenbrach. In den beiden Nachbarprovinzen Manitoba und Alberta konnte sich die progressive Bewegung etwas länger halten, doch haben dort sich immer mehr Nichtfarmer in führende Stellungen der progressiven Partei einverleibt.

Die Seite der Farmer- und Arbeitergruppe schlagen würden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob nach den Entschlüssen, welche viele Farmer mit der progressiven Partei erlitten haben, die große Welle der „Politischen Vereinigung der Saskatchewan-Farmer" zufließen wird, zumal nun auch die noch übrig gebliebenen Progressive auf den neuen Parteiweg springen und die Fäden des Regiments in die Hände nehmen wollen. Viele fremdgeborene Farmer werden wohl auch deswegen sich abgetrennt fühlen, weil die Progressive mit der konservativen Dr. Anderson-Regierung durch die und dünn gehen und ihre Politik in den Wahlen nicht unbedingt unterstützen. Viele werden sich fragen: Was kann man von einer politischen Gruppe erwarten, in der die Progressive einen so starken und maßgebenden Einfluss haben, jene Pro-

gressive, welche für die fremdgeborenen Bürger und deren Rechte kein Verhängnis aufbringen?

Am Mittwoch, den 2. April, vormittags 9.30 Uhr, wird die neue politische Vereinigung in der Stadthalle zu Regina

ihren ersten Parteitag für die ganze Provinz abhalten, wie es vom provisorischen Komitee beschlossen worden ist. 200 Mitglieder der progressiven Partei hatten sich am Samstag Morgen in Saskatoon zum Sammelort, wo die Vereinigung der Progressive mit der neuen Farmergruppe beschlossen wurde.

Das folgende provisorische Komitee wurde ernannt: Frau Ida McNeil, Franke (Vorstand); J. R. Thomas, Melville (Schriftf.); G. E. Little, J. Wellbecker, Frau A. E. Hollis, R. K. Johnson und R. J. Caldwell.

Amerikanische Einwanderungsquote für Kanada

Nach Mexiko, Kenia und Kuba fallen unter Quoten

Washington. — Über die sogenannte Johnson-Bill, in welcher verlangt wird, daß die amerikanische, kanadische, süd- und zentralamerikanische Einwanderungsquote auf eine Basis gebracht werden soll, wurde vom Einwanderungskomitee abgelehnt. Wie berichtet wurde, hat die Abstimmung eine Mehrheit für die Bill ergeben.

Die Johnson-Bill sieht vor, daß die Einwanderungsquote für Mexiko, Kenia, Kuba, Kanada und Kuba normal so groß sein soll als die Zahl derjenigen amerikanischen Bürger, die im vorigen Jahre die Vereinigten Staaten verlassen haben, um sich in den vier angegebenen Ländern einen dauernden Wohnort zu gründen. Für Mexiko wird dieser Antrag erst zwei Jahre nach Inkrafttreten der Bill in Kraft treten. Diese zwei Jahre werden dazu benutzt werden, um die amerikanische Einwanderungsquote einzufrieren. Diese Klausel wurde in die Bill eingefügt, um der Opposition der südlichen Farmer zu begegnen, daß diese nämlich auf die amerikanischen Arbeitskräfte angewiesen sind.

Große Debatte über Dr. Andersons Schulgesetzgebung

Ergänzungen des Gesetzes hinsichtlich des Verbots religiöser Abzeichen und der Ordenskleidung in den Schulen angenommen

35 gegen 26 bei der Abstimmung — Alle Liberalen für einen von Gardiner eingebrachten Abänderungsantrag — Konservative, Progressive und Unabhängige geschlossen für Dr. Andersons „Schulreform"

Gardiner betont, daß nunmehr der Unterschied zwischen Publikschulen und Separatschulen noch schärfer hervortreten werde.

Regina. — Eine große Debatte entspann sich im Provinzialparlament von Saskatchewan, als Dr. Andersons Gesetzesvorlage, durch welche alle religiösen Zeichen oder das Tragen von Ordenskleidung in den Publikschulen verboten werden sollen, zur zweiten Lesung kam. Es war ohne Zweifel ein großer Tag in der Geschichte nicht nur Saskatchewan, sondern des ganzen Westens. Nur in den Provinzen Ontario und British Columbia ist es, wo die Zulassung von Ordenskleidung in den Publikschulen nicht gelehrt. Alberta hingegen verbietet den Ordenskleidung in den Publikschulen nicht und läßt auch religiöse Abzeichen in den öffentlichen Schulen zu, wie

gen der Ordenskleidung oder wegen der Kreuzfahnen in den Schulen gekommen war. Doch Dr. Anderson glaubte, daß er durch seine Wahlversprechungen dazu gezwungen sei, die neuen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Gesetzesvorlage von Dr. Anderson ist unteren Lesern schon aus dem letzten „Courier" bekannt, wo wir sie im Wortlaut mitgeteilt haben. Das von J. G. Gardiner, dem Führer der Opposition, eingebrachte

„Amendment" verlangte, daß die zweite Lesung der Vorlage verschoben werde, bis die „Bill" dahingehend abgeändert sei, daß die darin enthaltene Bestimmung nur in jenen Distrikten angewendet werde, wo eine Minderheit der dort wohnenden Steuerzahler, die Kinder in der Schule haben, gegen religiöse Abzeichen oder gegen das Tragen von Ordenskleidung in der Schule Einspruch erheben. In diesem Falle sollte der Unterrichtsminister die Befugnis haben, die Entfernung der religiösen Abzeichen und die Entlassung der Ordenskleidung anzuordnen. — Durch dieses „Amendment" sollte also dem Unterrichtsminister die Gewalt erteilt werden, in jenen Schulbezirken, wo Beschwerden auftauchen, für Abänderung zu sorgen, während nach der Gesetzesvorlage von Dr. Anderson

Frankreich rüstet gegen Italien

Post stark Befestigungen an italienischer Grenze

Rom. — Nach der Ansicht des italienischen Generals Alberto Balbani kann die „hinterhältige" Natur der Frankreich an seiner südlichen und östlichen Grenze baut, nur einem Zweck dienen — einem eventuellen Krieg mit Deutschland und Italien.

In einem Artikel, den der General im „Giornale d'Italia" veröffentlicht, macht er auf die Befestigungen aufmerksam, die Frankreich errichtet, einschließlich der permanenten Werke in Italien. Diese Befestigungen sind auf der Straße zwischen Mont Blanc und Nizza, sowie auf dem Ban eines Schlagenlageres in der Gegend von Nizza.

Obwohl es billig sei, meint Balbani, zuzugeben, daß die Befestigungen in den Alpen einen defensiven Charakter tragen, müßte das Vorgehen bei Nizza als wesentlich offen betrachtet werden. Hier könnten mehrere Armeekorps untergebracht werden, die beim Ausbruch des Feindes sofort in die Schlacht geworfen werden können. Die Bedeutung eines solcher Vorgehens, schließt der General, ist zu klar, als daß sie irgend welcher Erklärung bedürftig.

Kommunistische Demonstration in Chicago gesprenkt

Polizei trieb die demonstrierenden Arbeitslosen auseinander

Kommunistische Flugblätter behaupten, es gebe 7 Millionen Erwerbslose in den Ver. Staaten.

Chicago, 21. Febr. — Mit dem Aufsteigen der „Arbeit und Lohn" marschieren heute mehrere hundert angebliche Kommunisten nach dem Rathaus, um dort gegen die Erwerbslosigkeit zu protestieren. Ueberallkommunistische und berittene Abteilungen der Polizei lösten indessen die Demonstration auf, wobei sie ihre Pferde in vollem Galopp über die Bürgersteige jagten und mit dem Gummiknüppel blind auf die Menge einschlugen.

Gummiknüppel drohten gegen die Köpfe der Fußgänger, die vergeblich verließen, sich vor den reitenden Beamten in Sicherheit zu bringen. Elf Personen wurden verhaftet, zwei davon junge Mädchen. Einmalig verließ wurde indessen niemand.

Die Demonstration begann mit einer Massenversammlung in einem Saale in der nördlichen Wells Straße, nur einen Block vom Rathaus. Die Polizei war vorher davon in Kenntnis gesetzt worden, und Kriminalbeamte waren unter den Leuten, die aufgebende Reden hörten, in denen angebliche bolsche-

Sowjetkolonnen schießen auf 500 Bauern

Polen und Tschechen

Warschau. — Eine polnische Kommission begab sich nach der russischen Grenze, um die Wahrheit über Berichte zu erfahren, daß Sowjetkolonnen auf etwa 500 Bauern geschossen hätten, als diese verhaftet wurden, nach Polen hinüber zu gehen.

Die Grenzüberwachung soll angeblich bei Trausnitz geschehen haben. In den Berichten hieß es weiter, daß die Bauern Kuffen tschechischer Abkunft seien und verhaftet hätten, die polnische Grenze zu überqueren. Die Sowjetregierung hatte strenge Ueberwachung der Grenze zwischen Ausland und Polen angeordnet.

Früherer Schah von Persien gestorben

Paris

Paris. — Ahmed Mirza Kojar, der frühere Schah von Persien, starb im amerikanischen Hospital nach längerer Krankheit.

Im Oktober 1925 war Schah Ahmed abgesetzt und die Kojar-Dynastie gestürzt worden. Die verfallene Nationalversammlung ernannte Mirza Khan zum Nachfolger und verlegte erbliche Thronfolge in seiner Familie.

Die Reize der Teilnehmer an der Demonstration legten sich dann in kleiner Gruppen nach dem Rathaus zu in Bewegung, wo sie etwa 150 Polizisten vorfanden, von denen die Hälfte beritten war. Berittene Agitatoren versuchten dann, die Menge erneut aufzubekommen, wurden aber von den anrückenden Polizisten niedergeschlagen.

Vor der östlichen Front des Rathauses, wo hunderte von Angehörigen der Mittagspause hielten, um das Schauspiel zu sehen, war ein angeblicher kommunistischer Flugblätter in die Luft, und vier berittene Polizisten jagten sofort nebeneinander den Bürgersteig entlang, auf dem sich hunderte von Fußgängern befanden, die von den Pferden abgedrängt wurden.

In der Verammlung lebte er meistens in Paris, und sein reiches Vermögen gestattete ihm eine verhältnismäßig hohe Lebensweise.

Wirrwarr in Frankreich

Paris

Paris. — Nachdem Ministerpräsident Lardieu mit seinem Kabinett zurückgetreten war, übernahm Camille Chautemps, der Führer der Radikal-Sozialisten, die Leitung der Geschäfte Frankreichs. Doch seine Regierung sollte nur von kurzer Dauer sein; denn schon am fünften Tage wurde er samt seinem Kabinett von der Kammer gestürzt. Auf Maratons Parcours wurde Lardieu vom Präsidenten Doumergue mit der Reubildung der Regierung betraut.

Die Schuld eines Autofahrers

11 Tote und über 60 Verletzte bei Zusammenstoß mit elektrischem Schnellzug

Kenosha, Wis. — Ein furchtbares Unglück hat sich durch einen Zusammenstoß ereignet, welcher verurteilt, einen elektrischen Schnellzug bei einem Uebergeange zu überholen. Der Zug war voll mit Sonntagsgästlichen. Der Motorist, welcher den Uebergeange nach vor dem Zuge zurücklegen wollte, wurde von diesem erfasst. Der Zug geriet durch den Zusammenstoß aus den Gleisen und fuhr in einen elektrischen Güterzug. Die Zahl der Toten bei diesem Unglück war nach den letzten Nachrichten bereits auf 11 gestiegen und die Zahl der Verletzten wird auf über 60 angegeben.

Die meisten der 130 Männer, Frauen und Kinder, die sich als Passagiere in den fünf Wagen des Zuges befanden, schlummerten, als der Zug mit einer Geschwindigkeit von 50 Meilen pro Stunde seinen Weg nach Chicago nahm. Wohligh ein Auf, und der Zug saulte in einen 8 Fuß tiefen Graben, welcher sich neben den Schienen befindet. Die Maschine hatte das Auto des Norman Finners angefahren und war aus den Gleisen geraten. Auf dem Nebengleise fuhr ein Güterzug. Die Wagen dieses Zuges wurden furchtbar zugerüttelt. Das Auto war vollständig zermalmt worden. Es war unmöglich, die einzelnen Teile des Autos wiederzufinden. Sie waren unter den anderen Trümmern vermischt.

Ein schlagfertiger Südafrikaner

Kapstadt, Südafrikan. Union. — Senator Bopell, früherer Arbeitsminister, der vor drei Wochen John Kormick, ein Mitglied der Opposition, durch einen Dieb gegen die Stühle niederstreckte, hat durch seine Schlagfertigkeit größeres Interesse im Publikum hervorgerufen als die ganzen Verhandlungen des südafrikanischen Parlaments. Zum Trosttermin im Kriminalgericht, wo der Senator sich gegen die Anklage des schweren tätlichen Angriffs zu verantworten hat, waren viele Politiker und Parlamentarier erschienen, doch wurde die Verhandlung auf den 14. März vertagt.

Angriff auf England im Reichstag

Berlin. — England wurde von einer Reihe Abgeordneter scharf angegriffen, als ein Reichstagskomitee das Vierjahresabkommen mit Großbritannien berichtete.

Ein deutschnationaler erklärte, es sei unglücklich, daß England sich das Recht vorbehalten hat, deutsches Eigentum in der Zukunft zu beschlagnahmen, behalten oder konfiszieren, und fügte hinzu, daß dies ein „Recht" sei, das nur in der Republik Liberia zu finden wäre.

Das ist offene Mäuererei, und es besteht keine Frage von Vertragsverpflichtungen oder Vertragsstreue", sagte Dr. Schone, der frühere Außenminister von Deutsch-Ostafrika. Er sagte, daß dies nichts als eine Fortsetzung der Kriegsverbrechen und eine schwere Verletzung des Vertrags von Versailles sei.

Ein anderer Abgeordneter wies auf die Notwendigkeit eines Wirtschaftsvertrages mit England hin, das die Behandlung des Privatigentums im Kriegsfall regeln sollte.

Reichsgericht verurteilt Gotteslästerung

Leipzig. — Das Reichsgericht hat die in unserer Zeitung erhaltene Freizeitschrift des Kaisers Georg Besch ungestraft, welcher wegen Gotteslästerung in Anklagezustand versetzt worden war, weil er den fremdtragenden Christus mit einer Gasmasken und in hohen Schaffenskleidung überführt gemalt hat.

Das Gericht unserer Zeitung hatte auf Freispruch erkannt, weil die Aufzeichnung des Gemäldes hochförmlich sei und dem Kaiser jegliche Absicht der Religionsverhöhnung ferngelegen hätte. Das Reichsgericht verurteilt dagegen den Fall zu nachträglicher Freisprechung an die untere Instanz zurück, mit der Begründung, daß bildliche Darstellungen ebenso anstößig wirken können, wie das gesprochene Wort.

Die Anklage gegen Christus, welche Kaiserin von Preußen als das heilige Symbol gilt, darf nicht verächtlich gemacht werden, heißt es in der Entscheidung. Der Einwand künstlerischer Freisprechung kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Kunst hat ihre Grenzen und muß auf die Gefühle anderer Leute die gebührende Rücksicht nehmen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Unblutige Rebellion in Santo Domingo

Rebellen beim Einzug in die Stadt jubelnd begrüßt

Die hohen Beamten suchten bei ausländischen Gesandtschaften Schutz

Santo Domingo. — Die Hauptstadt der Dominikanischen Republik befand sich in den Händen der Aufständigen mit Ausnahme nur der alten Festung in der Nähe des Präsidentenpalais, wo eine kleine Garnison, die dem Präsidenten Horacio Vasquez treu war, noch aushielt und auf das Ergebnis der Verhandlungen zwischen ihrem Chef und den Führern der Aufständischen wartete.

Präsident Vasquez verließ seinen Aufenthaltsort, die französische Gesandtschaft, und begab sich zu einer Konferenz mit Carlos V. Curtis, dem amerikanischen Gesandten, nach der Gesandtschaft der Ver. Staaten. Weiter heißt es, daß Raphael Citrella Urena, der Hauptführer der Aufständigen von Santiago hierher

Pfälzer Gemeinde ehrt Präsident Hoover

Berlin. — Wie in Erfahrung gebracht wurde, hat die Gemeinde Ellersried in der Pfalz dem Präsidenten der Ver. Staaten von Amerika, Herrn Herbert Hoover, das Ehrenbürgerrecht angetragen. In dem kleinen Ellersried im Bezirksamt Neustadt a. d. S. war es, wo sich die Vorfahren des amerikanischen Präsidenten, aus der Schmetz kommend, unter dem Namen Doyer vor vielen Jahren angesiedelt haben.

Das Stammhaus der Familie steht noch heute, und die Ellersrieder sind nicht wenig stolz darauf, sich finden zu können, daß in ihrem Ort die Vorfahren eines amerikanischen Präsidenten aus- und eingegangen sind.

Die beabsichtigten denn auch, diese Lasten der späteren Geschlechter durch Anbringung einer Gedenktafel an dem Gebäude zu überliefern. Auch soll eine Straße des Ortens den Namen „Hoover-Straße" erhalten.

Wit gespannter Erwartung sehen natürlich die Ortsbehörden von Ellersried der Antwort des amerikanischen Präsidenten bezüglich der ihm zugesagten Ehre entgegen.

Das größte Kraftwerk der Welt

Berlin. — Im Zentrum der Braunkohleindustrie der Provinz Sachsen, in Golpa-Uhrenowitz, Regierungsbezirk Merseburg, Kreis Bitterfeld, ist durch Einstellung zweier Turbinen-Generatoren von je 100.000 Kilowatt Kapazität die mächtigste Kraftstation Deutschlands und der ganzen Welt entstanden. Sie ist gleichzeitig die gewaltigste Kraftstation, die ausschließlich Braunkohle als Heizmaterial verwendet.